

COVID-Impfkritiker schreiben Brief an Bundeskanzler – Ärzte aus Region beteiligt

Peter Arnegger (gg)

22. Dezember 2021

Fast 400 Ärztinnen und Ärzte haben einen Brief an die Abgeordneten des Bundestags und an Bundeskanzler Olaf Scholz geschrieben. Betreff: „Geringer Nutzen und noch unklare Risiken durch die COVID-Impfungen.“ In dem Schreiben bezeichnen sie die Informationen zu Corona-Impfungen als einseitig und verharmlosend und die bisherige Politik als lobbygetriebene Panikmache. Unter den Unterzeichnern sind auch Ärzte aus der Region Rottweil – ein Anästhesist, Hausärzte, eine Therapeutin, eine Homöopathin, ein Zahnarzt – die die NRWZ nach ihrer Beteiligung und Intention gefragt hat. Allerdings haben wir bislang keine Antworten erhalten. Das Paul-Ehrlich-Institut ordnet die Zahlen rund um die Corona-Impfungen derweil ein.

Schramberger Ärzteschaft: Plädoyer für eine Covid-19-Impfung

„Mit großer Sorge nehmen wir wahr, dass unsere Gesellschaft in gegen COVID Geimpfte und Ungeimpfte gespalten wird und dass auf Ungeimpfte ein wachsender Druck ausgeübt wird, sich impfen zu lassen. Wir fordern die Regierung auf, dieser Spaltung Einhalt zu gebieten und alle direkten und indirekten Zwangsmaßnahmen mit dem Ziel einer Impfung von bisher Ungeimpften nicht nur einzustellen, sondern aktiv zu unterbinden.“

So beginnt der Brief, der auf den 13. Dezember 2021 datiert und an den Bundeskanzler wie an die Bundestagsabgeordneten, sowie überregionale Zeitungen gerichtet ist. Im Folgenden wird anhand von Studien die Effektivität der Impfungen zum Schutz vor einer schweren COVID-19-Erkrankung infrage gestellt. Das Risiko, wegen einer Corona-Infektion im Krankenhaus zu landen, werde durch eine Impfung nur marginal gesenkt. Noch weniger die Gefahr, an einer solchen Infektion zu sterben. So rechnen die Unterzeichner vor, „dass etwa 26.000 Menschen geimpft werden müssen, um einen COVID-Todesfall zu verhindern.“ Die Wahrscheinlichkeit für den Einzelnen, durch die Impfung geschützt zu werden, sei „also extrem gering und muss daher unbedingt gegen die Risiken der Impfung abgewogen werden.“

Eine kürzlich erschienene Kohortenstudie aus Schweden zeige zudem, dass die Impfeffektivität bereits nach sechs bis sieben Monaten so stark absinke, dass nicht mehr von einem Schutz ausgegangen werden könne. Dies spiegele sich auch in den steigenden Zahlen Geimpfter unter den im Krankenhaus und auf der Intensivstation behandelten COVID-Patienten wider. Auch die inzwischen von vielen propagierte Boosterung werde das COVID-Problem nicht lösen. „Die absolute Risikoreduktion für einen schweren COVID-Verlauf durch den Booster betrug in einer Studie aus Israel 0,18 Prozent für über 60-jährige Patienten bei einem Beobachtungszeitraum von nur einem Monat. Entsprechende Untersuchungen an jüngeren und sonst gesunden Personen fehlen gänzlich“, heißt es in dem Brief. Vor allem sei unbekannt, ob Impfung und Boosterung hinsichtlich neu auftretender Varianten wie „Omikron“ effektiv sein werden.

Dagegen habe „kein Arzneimittel oder Impfstoff ... seit Bestehen der entsprechenden Datenbanken in so kurzer Zeit so viele Meldungen von schweren, unerwünschten Wirkungen und Todesfällen erfahren wie die Impfstoffe gegen COVID-19.“

Das im Brief dann zitierte Paul-Ehrlich-Institut (PEI) rechnet im jüngsten Sicherheitsbericht vor, es gebe 172.188 aus Deutschland gemeldete Verdachtsfälle von Nebenwirkungen oder Impfkomplicationen im zeitlichen Zusammenhang mit einer Corona-Impfung. Das PEI bezieht sich dabei auf den Zeitraum von Beginn der Impfkampagne am 27. Dezember 2020 bis zum 30. September 2021. Den Verdachtsfällen gegenüber stünden knapp 108 Millionen Impfungen (107.888.714) im selben Zeitraum. Das PEI schreibt: „Die Melderate betrug für alle Impfstoffe zusammen 1,6 Meldungen pro 1000 Impfdosen, für schwerwiegende Reaktionen 0,2 Meldungen pro 1000 Impfdosen.“

Im Brief an Bundestagsabgeordnete und Bundeskanzler heißt es zudem, aktuelle Studien zeigten, dass sich weder die Viruslast noch die Anzahl der Personen, die sich mit dem Coronavirus infizieren, zwischen Geimpften und Ungeimpften unterscheiden. Geimpfte seien demzufolge genauso ansteckend wie Ungeimpfte. Sie könnten darüber hinaus gleichermaßen zur Verbreitung der Erkrankung beitragen.

Fazit: Es müsse „jedem Menschen freigestellt sein, sich nach ehrlicher Aufklärung über Nutzen und Risiken frei für oder gegen die Impfung zu entscheiden.

Eine direkte oder indirekte Impfpflicht ist auf der Basis der vorliegenden Erkenntnisse weder zu rechtfertigen noch ethisch vertretbar.“ Denn „der absolute, individuelle Nutzen der Impfungen gegen COVID-19 ist im Bevölkerungsdurchschnitt marginal.“ Die „Behauptung, dass durch die Impfung andere

Menschen vor COVID-19 geschützt werden“, sei „in Anbetracht der hohen Anzahl von Erkrankungen bei Geimpften und des fehlenden Unterschieds in der Infektiosität zwischen Geimpften und Ungeimpften nicht stichhaltig und unglaubwürdig.“ Eine Impfung von Genesenen sei zudem weder wissenschaftlich noch infektionsepidemiologisch sinnvoll.

Hinter dem Brief steht der Verbund „Ärzte stehen auf“, der seit Monaten gegen die Corona-Maßnahmen mobil macht. Allerdings gibt es daran Kritik: So repräsentiere der Verbund eine Minderheitenmeinung und würden diese zudem eher Ärzte aus fachfremden Disziplinen vertreten, heißt es. Im Verhältnis zur übrigen Ärzteschaft seien es wenige Mediziner, die die Maßnahmen kritisierten. „Die laute Minderheit“, wird der Verbund deshalb genannt. Die Wirkung auf die Gesellschaft aber sei enorm.

Die NRWZ wollte mit den laut Unterzeichnerliste in der Region ansässigen Ärzten in Kontakt treten, was sich schwierig gestaltete. Nur wenige deren Praxen unterhalten eine Internetpräsenz, die etwa eine E-Mail-Adresse aufweist, an die wir unsere Fragen hätten richten können. Eine Mitarbeiterin einer Praxis – die des beteiligten Zahnarztes aus Schramberg – weigerte sich am Telefon, dem Journalisten die E-Mail-Adresse zu nennen, er möge einen Brief schreiben. Was der Journalist auch tat: Er druckte die Mail aus, packte das Papier in einen Umschlag und warf es beim Zahnarzt in den Briefkasten.

Die Ärzte aus der Region sind die Rottweiler Ärztin für Psychiatrie, Psychotherapie, Sozialmedizin Birgit Imdahl, der Schramberger Zahnarzt Dr. Matthias Gebelein, ein Facharzt für Anästhesie aus Oberndorf, den die NRWZ nicht angeschrieben hat, die Ärztin für klassische Homöopathie, Akupunktur und Akupressur Dr. Tanja Efinger aus Königfeld sowie die Dres Björn und Gerhard Kappeler, die eine Hausarztpraxis in Fridingen betreiben.

Die NRWZ wollte von ihnen wissen:

- Haben Sie das Schreiben unterzeichnet, ist es auch in Ihrem Namen verfasst (eine grundsätzliche Frage, das gilt es aus journalistischer Sicht zunächst abzuklären)?
- Wie kam es zu Ihrer Beteiligung?
- Stehen Sie hinter dem kompletten Inhalt des Briefs?
- Ihr Fachgebiet ist nicht die Virologie. Wie ist Ihre fachliche Beteiligung an dem Schreiben zu sehen beziehungsweise welchen Teil des Briefs unterstützen Sie aus Ihrer täglichen Arbeit?

Die Fragen haben wir zumeist am Dienstagmorgen übermittelt, den Brief an den Schramberger Zahnarzt später. Reagiert hat gut 24 Stunden später keine(r). Sollte eine Reaktion eintreffen, wird sie von uns in diesen Artikel eingearbeitet werden.

Die Praxis der Dres Kappeler in Fridingen bietet derweil allerdings Corona-Impfungen an und verweist auch auf Impfstellen im näheren Umkreis.

Info: Hier kann der Brief des Verbunds „Ärzte stehen auf“ heruntergeladen werden. Hier geht es zum aktuellen Sicherheitsbericht des Paul-Ehrlich-Instituts.